

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/105

4. Juni 1971

Stabilitätsinsel oder Inflationsgemeinschaft?

-----  
Europäische Lehren der letzten Währungskrise

Von Walter Bohrendt SPD-MdB

Präsident des Europäischen Parlaments/Straßburg

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

In geschichtliche Verantwortung gestellt

-----  
Die europäische Rolle der deutschen Sozial-  
demokratie

Von Kurt Mattick SPD-MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 96 Zeilen

Bayern an der Spitze

-----  
Urlaubs- und Ferienzeile der Bundesbürger

Seite 5 / 35 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10  
Postfach: 9153  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 87 - 88  
Telex: 888 540/888 847/  
888 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

## Stabilitätsinsel oder Inflationsgemeinschaft?

### Europäische Lehren der letzten Währungskrise

Von Walter Behrendt SPD-MdB

Präsident des Europäischen Parlaments/Straßburg

Der 1. Mai ging dieses Jahr nicht nur als weltweiter Feiertag der Arbeit, sondern auch als Höhepunkt einer weltweiten Spekulation in den Kalender ein: Eine Woche später entschieden in Brüssel die zuständigen Minister der EWG-Länder über die Zukunft ihrer Währungen. Viele Tausend Millionen Dollar waren zuvor, in der Hoffnung auf eine Aufwertung insbesondere der DM, über die Grenzen geflossen.

Die Entscheidung von Brüssel, den EWG-Ländern für einen gewissen Zeitraum die Freigabe ihrer Wechselkurse zu erlauben, verdeckt nur allzu dürftig die gegenwärtigen Mängel der Europäischen Gemeinschaft: Diese Gemeinschaft besitzt nicht nur kein Entscheidungszentrum für wirtschafts- und währungspolitische Fragen, sondern sie kennt nicht einmal eingefahrene und erprobte Spielregeln, um diese Fragen gemeinschaftlich zu erwägen, zu diskutieren, um schließlich die Standpunkte vor einer krisenhaften Zuspitzung einander anzunähern.

Was ist in Brüssel geschehen? Die einzelnen Mitgliedstaaten haben zunächst die Prioritäten für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung gesetzt, die einen mehr in Richtung Stabilität zur Eindämmung inflationärer Tendenzen, die anderen mehr auf Absicherung ihrer nicht immer erreichten Vollbeschäftigung oder des notwendigen Ausgleichs der Zahlungsbilanz. Diese nationale Zielsetzung ist nichts neues, sie wurde im Gegenteil bisher stets praktiziert. Was neu ist, ist vielmehr die Tatsache, daß durch stets heftigere Krisen deutlich wird, daß wir mit der bisherigen Methode nicht mehr weiterkommen. Man kann nicht gemeinsam mit einem Zug fahren wollen, in dem die einen bremsen und die anderen Dampf geben, und man sich darüber hinaus über die einzuschlagende Richtung nicht einig ist.

Es genügt nicht mehr, in einer sehr akuten Situation miteinander zu sprechen, weil dies letztlich dazu führt, daß man zu einem Dialog nationaler Egoismen gelangt. Die Gemeinschaft muß vielmehr in die Lage versetzt werden, ihre grundsätzlichen Probleme als Gemeinschaft und nicht als bloße Anhäufung von Einzelinteressen zu lösen. Dies heißt sehr viel: Zunächst muß die mittelfristige Datensetzung koordiniert werden, auch unter Einschluß so heikler Dinge wie der Preis- und Lohnentwicklung. Nebenbei erfordert dies, daß auch die wichtigen Wirtschaftsorganisationen, auch die Gewerkschaften, mehr als bisher lernen, in

der neuen europäischen Dimension zu denken. Nur wenn man sich über die grundsätzlichen Ziele einig ist, wird es gelingen, akute Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Diskussion, in der der eine im stillen hofft, es werde zu einer Aufwertung seiner Goldbestände kommen, der zweite vor allem eigene Exportvorteile herauszuschlagen will, der dritte auf die interne Preisentwicklung sieht und der vierte vielleicht nur auf den großen Bruder in den USA achtet, kann keine angemessenen Lösungen bringen.

Für die Bundesregierung heißt die hauptsächliche Lehre aus der letzten Währungskrise, daß sie alles daran setzen muß, aus der Zwickmühle "Stabilitätsinsel oder Inflationsgemeinschaft" herauszukommen. Wenn sie vorrangig Stabilitätspolitik betreiben will, was nicht nur ihr gutes Recht ist, sondern auch dem Auftrag des Grundgesetzes sowie den Richtlinien der mittelfristigen Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft entspricht, so muß sie diese Zielsetzung nach außen "verkaufen", das heißt Partner und Mitstreiter hierfür suchen. Bei der heutigen engen wirtschaftlichen Verflechtung sollte der Traum von einer isolierten Stabilitätsinsel besser ungeträumt bleiben. Wir können uns nicht immer enger wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch mit Ländern verbinden, deren Inflationsraten von den unseren erheblich abweichen. Periodische Aufwertungen oder flexible Wechselkurse auf die Dauer wären die Folge, die gleichzeitig das Ende der EWG in ihrer heutigen Form darstellen würde.

Bleibt damit nur die Resignation und unsere Anpassung an europäische Inflationsraten von sieben, acht und vielleicht morgen bis zu zehn Prozent jährlich? Nicht unbedingt! Man muß sehen, daß die Geldentwertung nur ein Symptom darstellt, das auf die Krankheit hinweist, an die man sich gewöhnt hat, sie als "Schwäche des internationalen Währungssystems" zu bezeichnen. Die Europäische Gemeinschaft steht damit vor der Aufgabe, nicht nur ihre eigenen mittelfristigen wirtschaftlichen Zielsetzungen zu harmonisieren, sondern auch gemeinschaftlich ihre Stimme in der Diskussion für eine Reform dieses Währungssystems zu erheben. Es ist gar nicht so ausgeschlossen, daß die USA - einmal von der finanziellen Bürde des Vietnam-Krieges befreit - bereit wären, sich unvoreingenommen an dieser Diskussion zu beteiligen. Nur eine Verwirklichung dieses zweigleisigen Konzepts - Harmonisierung der wirtschaftlichen Zielvorstellungen nach innen und Vorbereitung einer gemeinsamen währungspolitischen Plattform nach außen - wird die Gemeinschaft aus dem gegenwärtigen Dilemma herausführen, in dem sie sich befindet.

Es wäre verfehlt, die Krise von Anfang Mai zu verniedlichen. Sie war eine Existenzkrise der Gemeinschaft im dem Sinne, daß ihre Entwicklung in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch in Richtung auf eine Sozialgemeinschaft, gefährdet erscheint. Wir werden gut daran tun, über die europäischen Lehren dieser Krise nachzudenken und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

(-/ wr/4.6.1971/bgy)

In geschichtliche Verantwortung gestellt

Die europäische Rolle der deutschen Sozialdemokratie

Von Kurt Mattick SPD-MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Wir befinden uns in einer Phase besonders fleißiger, mobiler außenpolitischer Aktionen. Es geht um ein geregeltes Nebeneinander zwischen Ost und West in den Teilen der Welt, in denen sich Ost und West gegenüberstehen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind Partner jeweiliger Gegner mit bestimmendem Einfluß. Da der Status quo nicht aufzuheben ist, geht es um sein Gleichgewicht mit dem Ziel geminderter Spannungen und gleichmäßigen Abbau der Truppen und Rüstungsstärke.

China ist wohl stark im Kommen, aber im Ringen der Großmächte spielt es noch keine unmittelbare mitentscheidende Rolle außerhalb seines direkten geographischen Einflußgebietes. Japan drängt mehr auf dem wirtschaftlichen Gebiet nach. Die Dritte Welt ist noch mehr leidend als mitentscheidend.

Die UNO unter ihrem heutigen Generalsekretär hat seit dem Rückzug der UNO-Truppen aus dem Suez-Gebiet, bevor der Krieg ausbrach, an Ansehen und Gewicht so viel verloren, daß auf sie als Friedensgarant vorläufig nicht zu rechnen ist. Die deutsche Außenpolitik hat, seitdem Willy Brandt in der großen Koalition seine Tätigkeit begann, auf dem internationalen Gebiet an Gewicht gewonnen und Weichen gestellt. Die Züge sind in bestimmte Richtungen in Fahrt gebracht. Die NATO hat politisch Tritt gefaßt und bemüht sich mit unserer Hilfe, das zu sein, was wir unter dem Verteidigungsbündnis verstehen, den Frieden zu sichern, Spannungen abzuschwächen und den potentiellen Gegner wenigstens zur Partnerschaft einer gemeinsamen Teilabrüstung zu bringen.

Die EWG wird höchstwahrscheinlich nun doch mit dem britischen Beitritt einen großen Schritt zur wirtschaftlichen Einigung ganz Westeuropas tun und dann selbstverständlich auch die Fundamente zur politischen Einheit allmählich zusammenfügen. Dieses zu verhindern, sah die Sowjetunion bisher als eine wichtige Aufgabe an.

Die deutsche Politik unter sozialdemokratischer Führung will Partner sein beim Aufbau eines sozialen, demokratischen Westeuropas und ein Gleichnis setzen, wie aus einer nur am Profit orientierten Klassengesellschaft durch die Demokratisierung eine soziale Gesellschaft entwickelt werden kann.

Die Bemühungen der Bundesregierung um einen Ausgleich mit den früheren Kriegsgegnern im Osten Europas bringen, ich sage erwartungsgemäß, keine schnellen Erfolge. Erstens gibt es hier nicht viel mehr gemeinsame Interessen als widerstrebende, so daß der Ausgleich eine verdammt komplizierte Geschichte ist; zweitens ist die Kluft durch die Vergangenheit noch sehr tief und drittens ist eine ideologische Brücke insbesondere in Deutschland nicht möglich.

Die Lage im Ostblock schränkt die Manövrierfähigkeit der

Sowjetunion ein. Dies hat der Parteitag der KPdSSR noch einmal deutlich unterstrichen. Es ist ein langer Weg. Es gibt keinen Grund, die eingeleitete Politik infrage zu stellen, wenn man nicht mit völlig falschen Vorstellungen und Hoffnungen an diese komplizierte Aufgabe herangegangen ist.

Nach wie vor ist die USA unsere entscheidende Sicherheitsgarantiemacht. Wo Truppen der Vereinigten Staaten Truppen der Sowjetunion gegenüberstehen, ist selbst an einer der gefährlichsten Stellen - wie in Berlin - kein Krieg ausgebrochen. Wo die Vereinigten Staaten in einen Krieg verwickelt wurden, sind sie jeweils erst als Feuerwehr nach dem Ausbruch des Krieges hingeeilt. Die Anwesenheit der USA-Gruppen in Europa ist aktive Friedenspolitik, solange Elemente der Spannungen nicht beseitigt werden können. Dies trifft für Berlin und Europa zu.

In den Vereinigten Staaten ist zurzeit die Hölle los. Vietnam hat die Moral erschüttert, die soziale Entwicklung entscheidend gehemmt, den Glauben an Unbesiegbarkeit zerstört und das Rassenproblem ist zu einem Klassenproblem mit gesellschaftssprengenden Elementen geworden. Wer in den USA nur die gegenwärtige Lage sieht, könnte verzweifeln. Aber man kann damit rechnen, daß es nach dem Vietnam-Krieg eine neue Perspektive geben wird. Dieses Land bricht nicht zusammen. Unser Interesse muß so weit gehen, daß wir - wo möglich und nötig - die Vereinigten Staaten unterstützen. Wir brauchen die Vereinigten Staaten als Gleichgewicht und Teilhaber im Ringen um den Frieden. Wir brauchen uns gegenseitig als Partner im Handel und in der Politik. Nur gemeinsam können wir Freiheit und Frieden sichern.

Bei unserem Bemühen um die Erweiterung der EWG müssen wir sehen, daß diese EWG-Landschaft keinesfalls unseren gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht. Der Beitritt Großbritanniens und damit sicher auch der skandinavischen Efta-Länder verbessert zwar den sozialen Querschnitt, doch wird es kaum möglich sein, in absehbarer Zeit die Unertüglichkeiten sozialen Rückstandes in einigen Gebieten einiger EWG-Länder zu beseitigen.

Als wir nach 20jähriger Opposition die Regierungsverantwortung übernahmen, entstanden neue Hoffnungen bei vielen Gesinnungsfreunden in West- und besonders auch in Osteuropa. In jener Hoffnung liegt im wesentlichen unsere Verpflichtung. In dieser Phase geht es um mehr als um lokale nationale Fragen. Wenn es uns Sozialdemokraten nicht gelingt, in diesem werdenden Europa eine moderne Gesellschaftsordnung zu entwickeln, d.h. wenn die sozialdemokratisch geführte Regierung eine Episode bleibt, wird die Volksfront auch in der Bundesrepublik Boden gewinnen und damit die konservativen, reaktionären Kräfte zur Sammlung anreizen. Der Rückstoß wäre nicht ohne bittere internationale Folgen - für die europäischen Sozialdemokraten der Zusammenbruch einer großen Hoffnung auf lange Zeit.

Wir sind hier also vor eine geschichtliche Aufgabe gestellt, die den normalen Rahmen einer Regierungsperiode sprengt. Ein Rückfall bei den Bundestagswahlen 1973 könnte verheerende Folgen haben. In Europa könnten Dämme brechen, die zur Überflutung führen. Es bedarf überrnormaler Anstrengungen, um uns die Fortsetzung der Regierungsarbeit zu sichern und die Hoffnung, eine soziale Demokratie in Europa weiter zu entwickeln. Dieses Ziel ist nur erreichbar durch mehr Gemeinsamkeit und solidarische Handlung. (-/ex/4.6.1971/ks)

## Bayern an der Spitze

---

### Urlaubs- und Ferienzele der Bundesbürger

Eine Repräsentativbefragung des Statistischen Bundesamtes hat bemerkenswerte Einblicke in die Urlaubs- und Erholungsreisen der Bundesbürger gegeben. Da ist zunächst einmal die Feststellung, daß 1961/62 rund 16 Millionen Westdeutsche eine Reise zu einem Ferienort im In- und Ausland unternahmen, die länger als fünf Tage dauerte. Dieser Anteil hat sich inzwischen auf 26 Millionen erhöht. Rund 10,4 Millionen Bundesbürger fahren 1968/69 ins Ausland und rund 15,7 Millionen blieben im Inland. Es ist also keineswegs so, daß jedermann in jedem Jahr einen normalen Urlaub erleben kann. Noch weniger gilt die Auslandsreise für den normalen Arbeitnehmer. als allgemein gültig.

Die Erhebung zeigt im einzelnen, daß die Großstadtbevölkerung an den Urlaubsreisen am stärksten beteiligt ist. Seltenere entschließen sich die Einwohner von Mittel- und Kleinstädten zu einem Urlaubsaufenthalt außerhalb ihres Wohnsitzes. Schließlich ist die landwirtschaftliche Bevölkerung aus Berufsgründen nur ungewöhnlich gering an Urlaubsreisen beteiligt. Hier stellt sich die Frage, wie man den Bauernfamilien durch die Stellung von Hilfen auf dem Hof nun endlich einen Erholungsurlaub ermöglichen kann.

Die Mikro-Erhebung des bundesstatistischen Amtes hat auch festgestellt, welche Urlaubsziele im Bundesgebiet am begehrtesten sind. Mit 25,4 vH. rangiert Bayern bei den 15,7 Millionen Inlands-Urlaubern an der Spitze. Es folgen Baden-Württemberg mit 14,6 vH., Schleswig-Holstein mit 14,5 vH. und erstaunlicherweise Nordrhein-Westfalen mit 13,3 vH.

Hierbei aber ist einschränkend zu bemerken, daß es sich bei vielen Urlaubsreisen um kostenlose Familienbesuche von mehr als fünf Tagen Dauer handelt. 35 vH. aller, die im Bundesgebiet außerhalb ihres Wohnsitzes Urlaub machten, kamen bei Verwandten und Bekannten kostenlos unter. Oft handelt es sich auch um Ferienbesuche von Kindern. Es kann also keineswegs die Rede davon sein, daß jedermann, der sich entschließt, einige Tage auf Urlaub zu fahren, das auch voll finanziert oder finanzieren kann.

(cc/wb/A. 6. 1971/bgy)